

# Kommunal relevant

Die AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert

## Kommunal Finanzen 2005



Peter Götz MdB, Vorsitzender  
der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik.

Die rot-grüne Koalition versucht, die Lage der Städte, Gemeinden und Landkreise schönzureden und spricht von „ungenutzten Entwicklungspotenzialen der kommunalen Haushalte.“ Für die Kommunen ist dies reinster Hohn, zeichnet doch die Wirklichkeit ein ganz anderes Bild.

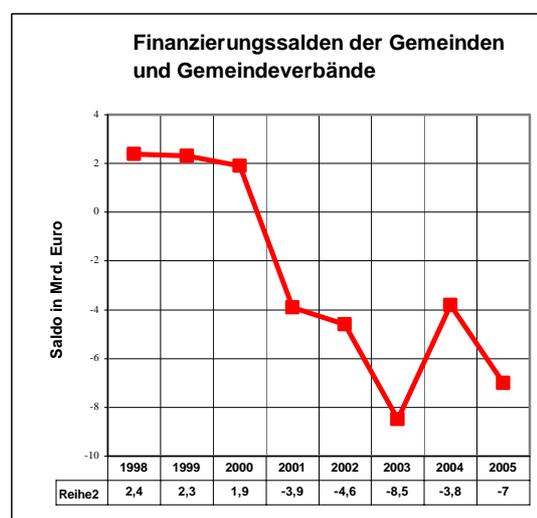
### Brennpunkt NRW

Allein in Nordrhein-Westfalen leben rund zwei Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner in Städten und Gemeinden, die ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Den strengsten Restriktionen sind Kommunen unterworfen, deren Haushaltssicherungskonzept von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt wird. In der so genannten vorläufigen Haushaltsführung sind solchen Kommunen freiwillige Ausgaben

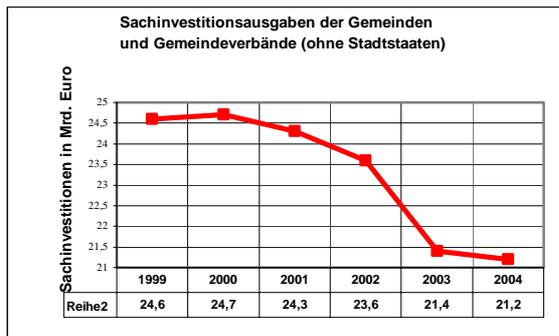
grundsätzlich untersagt. Hier steigt die Zahl gegenüber dem Vorjahr von 73 auf einen neuen Höchststand von voraussichtlich 103 Städten und Gemeinden.

In NRW stieg die Kreisumlage im Landesdurchschnitt um etwa 6 Prozent an. Dies führte wiederum zu einem Anstieg der Zahl der kreisangehörigen Kommunen in Haushaltssicherung. In welchem Zustand sich die NRW-Kommunen befinden, wird deutlich, wenn der dortige Städte- und Gemeindebund NRW es begrüßt, dass „neun Kreise den Weg der Haushaltssicherung wählen und sich damit gegenüber ihren kreisangehörigen Städten und Gemeinden solidarisch zeigen.“

### Die Lage in Deutschland



Bundesweit führt das kommunale Defizit im Jahr 2004 von 3,8 Mrd. Euro zu weiteren Kürzungen bei den Investitionen in die Infrastruktur vor Ort. Seit 1993 sind die Investitionen in den Städten und Gemeinden von 33,5 Mrd. Euro auf 21,2 Mrd. Euro mit verheerenden Auswirkungen für den Arbeitsmarkt abgestürzt.



Die kommunale Finanzmisere ist keineswegs überwunden. Das belegen allein die Deckungslücken für laufende Ausgaben in den Verwaltungshaushalten, dem tatsächlichen Indikator für die Finanzlage der Kommunen. Vor 4 Jahren lagen die Kassenkredite noch bei rund 7,3 Mrd. Euro, im Jahr 2004 waren sie auf den traurigen Rekord von mehr als 20 Mrd. Euro angestiegen.

### Explosion der Sozialkosten

Eine Besserung ist nicht absehbar, zumal insbesondere die Ausgaben für soziale Leistungen weiterhin ungebremst explodieren und bereits 2004 auf über 32 Mrd. Euro angewachsen sind.



Sozialpolitik in den Großstädten lebt letztlich davon, Rahmenbedingungen zu setzen, die aus Empfängern sozialer Transferleistungen Einzahler macht. Zur Steigerung des Anteils sozialversicherungspflichtig Beschäftigter wird die Maßgabe „Fördern und Fordern“ solange eine Leerformel bleiben, wie die Finanz- und Wirtschaftspolitik im Bund keine besseren Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung schafft.

### Gewerbe- und Einkommensteuer

Von den erfreulichen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, die 2004 wieder auf 20,45 Mrd. Euro anstieg, profitieren nur wenige Kommunen, insbesondere größere Städte. Die Mehrheit der Kommunen jedoch ist auf den Anteil an der Einkommensteuer angewiesen. Der Einkommensteueranteil der Kommunen hat sich 2004 um 1,2 Mrd. Euro auf nur noch 18,6 Mrd. Euro reduziert.

### Überwindung der Finanzkrise

Voraussetzung für eine Revitalisierung der kommunalen Investitionskraft sind verlässliche Einnahmen, die es den Kommunen ermöglichen, wenigstens ihre gesetzlichen Aufgaben ohne neue Schulden erfüllen zu können. Neben der Einnahmenseite sind dabei auch die kommunalen Leistungen und Ausgaben, insbesondere im sozialen Bereich, unter Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände zu prüfen. Die Ausgaben für soziale Leistungen sind im Anstieg zu bremsen und auf ein finanzierbares Maß zu reduzieren, ohne dass soziale Ungleichgewichte entstehen. Eine Sozialpolitik nach Kassenlage, wie von Rot-Grün aus parteitaktischen Gründen unterstellt, ist dabei weder gewollt noch beabsichtigt.

#### CDU und CSU fordern:

- Neuordnung der Gemeindesteuern
- Aufgabenkritik, -abbau und Ausgabenreduktion
- Verankerung des Konnexitätsprinzips

## Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Großstädte sichern



Unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik hat das **Arbeitsforum Große Städte** unter dem Vorsitz von **Bernhard Kaster MdB** eine Initiative zur Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Großstädte in Deutschland vorgelegt.

Die Großstädte über 100.000 Einwohner stehen vor dramatischen Herausforderungen: Sie sind Brennpunkte sozialer, ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme, während zugleich ihre finanzielle Basis immer weiter weg bricht. Die deutschen Großstädte stehen in einem europa- und weltweiten Wettbewerb um Wirtschaftsinvestitionen und damit auch um Arbeitsplätze. Zugleich sind sie für viele Menschen ein nach wie vor attraktiver Lebensmittelpunkt, der vielfältige Chancen der individuellen, sozialen und kulturellen Entfaltung bietet. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in einem ressortübergreifenden Bericht jährlich zur Entwicklung der Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Großstädte zu informie-

ren. Sie müssen im europa- und weltweiten Wettbewerb der Metropolen um Investitionen unterstützt werden, um wieder zu Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung für Wachstum und Arbeitsplätze zu werden.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels, neue gesellschaftliche Entwicklungen und Lebensformen sowie die Anforderungen einer familiengerechten und generationsübergreifenden Wohn- und Arbeitswelt stellen die Großstädte in besonderer Weise vor Herausforderungen, in denen sie von der Politik nicht allein gelassen werden dürfen.

Bundespolitische Rahmenbedingungen, etwa im Strafrecht, müssen es den Großstädten ermöglichen, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und soziale Verwerfungen erfolgreich aufzulösen. Die Großstädte sind gemeinsam mit allen Kommunen besser in die Entscheidungsfindung auf EU-Ebene einzubinden; dazu müssen sie bereits im Vorfeld europapolitischer Entscheidungsprozesse an der nationalen Willensbildung institutionell beteiligt werden, fordern die Kommunalpolitiker in der Unionsfraktion. Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, endlich den Weg frei zu machen für eine umfassende Gemeindefinanzreform, die die Finanzkraft der Kommunen nachhaltig stärkt und sie von Pflichtaufgaben der sozialen Sicherung entlastet.



Das Arbeitsforum Große Städte unter der Leitung von Bernhard Kaster MdB. (Foto André Budick)

## Strukturförderung auf europäischer und nationaler Ebene



Der stellv. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik und Vorsitzende des Unterausschusses „Regionale Wirtschaftspolitik“ **Klaus Hofbauer MdB**, leitet innerhalb der AG Kommunalpolitik den Arbeitskreis Strukturförderung.

Die Kommunalpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennen sich eindeutig zur Strukturpolitik, da sie ein sinnvolles und unerlässliches Mittel für strukturschwächere Regionen ist. Die Strukturpolitik der Europäischen Union, des Bundes und der Länder hat in großem Maße zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Deutschland beigetragen. Strukturpolitik ist, wie oft angenommen, keine Subvention, sondern Hilfe zur Selbsthilfe.

Nichts desto trotz steht sie in Deutschland und im erweiterten Europa aufgrund veränderter wirtschaftlicher und politischer Vorzeichen vor großen Herausforderungen und bedarf daher einer zukunftsfähigen Reformierung. Zwei grundlegende Maßgaben sind hierbei einzuhalten. Zum einen muss den EU-Mitgliedsstaaten ausreichender Handlungsspielraum für nationale Strukturförderung zur Verfügung stehen, zum anderen müssen durchgeführte Fördermaßnahmen von einer effizienten Erfolgskontrolle begleitet werden.

Die richtungweisenden Entscheidungen über den EU-Haushalt für den Zeitraum

2007-2013 und somit auch über die europäische Strukturförderung werden in den kommenden Monaten getroffen.

Es ist somit eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik sich mit der Thematik „Strukturförderung“ auseinanderzusetzen. Deren Auswirkungen sind vorrangig im kommunalen Bereich spürbar. Die Kommunen jedoch haben wenige Einflussmöglichkeiten hinsichtlich der Verteilung von Fördermitteln und –maßnahmen, obwohl sie aufgrund ihrer räumlichen und fachlichen Nähe am ehesten in der Lage wären, die strukturellen Probleme ihrer Region zu erkennen und zu bewerten. Aus diesem Grund muss es ihnen zukünftig ermöglicht werden, die Strukturpolitik stärker mitzugestalten.

Der Auftrag des Grundgesetzes zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse besteht nach wie vor, insbesondere da die verschiedenen Regionen Deutschlands zum Teil deutliche strukturelle Unterschiede aufweisen.

Zum einen ist der wirtschaftliche Umstrukturierungsprozess in den neuen Bundesländern noch lange nicht abgeschlossen. Zum anderen besteht in mehreren Regionen der alten Bundesländer regionalpolitischer Handlungsbedarf. Die ehemaligen Zonenrandgebiete, die ostbayerische Grenzregion zur Tschechischen Republik, die Küstenregionen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die vom wirtschaftlichen Wandel betroffenen Industrieregionen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und im Saarland sowie die von Standort-schließungen der Bundeswehr stark betroffenen Regionen können nur mit strukturpolitischer Begleitung eine erfolgreiche Entwicklung nehmen.

Vor dem Hintergrund der anhaltend angespannten finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte ist eine sparsame und zielgerichtete Haushaltspolitik jedoch unerlässlich. Gerade dies macht eine Reform der Struk-

turpolitik notwendig. Die neue europäische Strukturpolitik muss so gestaltet werden, dass die deutsche Nettozahlerposition innerhalb der EU begrenzt wird.

Andererseits gilt es für Deutschland ausreichende nationale regionalpolitische Handlungsspielräume zu gewährleisten. Nur so kann effektiv Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden.

## **Überblick: Position zur zukünftigen Ausrichtung der Strukturpolitik:**

### **Auf europäischer Ebene:**

- Begrenzung der deutschen Nettozahlerposition,
- Übergangsregelungen oder nationale Kompensation für die neuen Bundesländer,
- Konzentration auf arbeitsplatzwirksame direkte Investitionsförderung,
- Absenkung der Fördergefälle,
- Erhaltung der Kofinanzierung,
- Bürokratieabbau und Erfolgskontrolle.

### **Auf nationaler Ebene:**

- Sicherstellung ausreichender nationaler Handlungsspielräume,
- Erhalt des nationalen Strukturförderungsinstrumentes Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA)“,
- Weiterentwicklung der GA zu einem gesamtdeutschen Strukturförderrahmen, der den regionalpolitischen Herausforderungen der strukturschwachen Regionen Rechnung trägt,
- Ermöglichung kurzfristiger regionalpolitischer Maßnahmen zur Überbrückung plötzlicher struktureller Umbrüche im Rahmen der GA,
- Gewährleistung einer ausreichenden Mittelausstattung der GA

## **Energiewirtschaftsnovelle**

Die rot-grüne Koalition hat am 15.04.2005 ihren unausgegorenen Entwurf zur Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) im Bundestag beschlossen. Die berechtigten Interessen der Kommunen wurden - entgegen ursprünglicher Zusagen – nicht berücksichtigt. Das Gesetz geht nach wie vor weit über die europäischen Anforderungen hinaus und belastet unnötigerweise Stadtwerke und Eigentümerkommunen. Die von der Bundesregierung angebotene Lösung, in ein bis zwei Jahren

über Nachverhandlungen Korrekturen zu erreichen, ist weder glaubhaft noch schlüssig. Die kommunalen Spitzenverbände setzen nunmehr ihre Hoffnungen auf die Länder im Bundesrat.

**Die Union, die eine weitere Ausgestaltung einer Anreizregulierung konstruktiv fordert, will Investitionssicherheit bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen für Wirtschaft und Verbraucher. Dieses aber darf nicht zu Lasten der Städte und Gemeinden gehen.**

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB, Dr. Peter Ramsauer MdB | CDU/CSU-Bundestagsfraktion | 11011 Berlin  
info@cducsu.de | www.cducsu.de

V.i.S.d.P.: Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik | Peter Götz MdB  
Redaktion: Dr. Harald Bauer | Telefon (030) 227 52962